



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.09.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Förderung der Tagesbetreuung von Kindern

---

TOP 1.1 Bericht des Ev. Kinder- und Familienzentrums  
Peter-Eichert-Straße

---

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt einleitend in den Sachverhalt ein und begrüßt die anwesenden Vertreterinnen des Ev. Kinder- und Familienzentrums Peter-Eichert-Straße.

Frau **Faigle** (Fachberaterin Evangelische Kindertageseinrichtungen), Frau **Theurer** (Einrichtungsleitung), Frau **Schelle** (Kordinatorin im Mutterschutz) sowie Frau **Aurenz** (Nachfolgerin Koordination) erstatten nachfolgend Bericht über die Struktur, Inhalte und Entwicklungen des Ev. Kinder- und Familienzentrums Peter-Eichert-Straße in Ton und Bild in Form eines Filmes.

In der nachfolgenden Aussprache spricht Stadträtin **Kopf** für die Präsentation Dank aus. Sie hebt hervor, die Einrichtung besitze viele Kooperationspartner und sei in ihren Angeboten breit aufgestellt, insbesondere im musikalischen Bereich und in der Sprachförderung.

Auch Stadtrat **Daferner** erklärt den Dank für die ansprechende Präsentation. Er zeigt sich insbesondere beeindruckt über die Vernetzungsstrukturen der Einrichtung und spricht in diesem Zusammenhang auch eine mögliche Kooperation mit dem Kath. Kindergarten an.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht im Namen seiner Fraktion Dank an alle Beteiligte aus. Erfreut sei man darüber, dass die Einrichtung starke Aktivitäten, die Einbindung der Eltern sowie sehr viele Kooperationspartner nachweisen könne.

Auch Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt ihren Dank für die Präsentation. Sie hält es für dringend notwendig, die Öffnungszeiten an den aktuellen Bedarf anzupassen.

Ebenfalls Dank aussprechend lobt Stadtrat **Heer**, man sei mit dem pädagogischen Konzept auf dem richtigen Weg. Er spricht sich dafür aus, in Ludwigsburg auf diesem Weg weiterzugehen. Man begrüße solche Konzepte und sehe sie in der Bildungslandschaft als dringend notwendig an.

Stadträtin **Lange** schließt sich dem Dank ihrer Vorredner an und hebt die Kooperationen und die Vernetzung mit anderen Institutionen hervor.

Die Vertreterinnen des Ev. Kinder- und Familienzentrums gehen im Anschluss erläuternd auf Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums ein insbesondere im Hinblick auf das Engagement der Eltern, den Migrantenanteil, der sehr hoch sei, die Themen Sprachförderung und personelle Ausstattung, Kooperation Grundschule, Zusammenarbeit mit der benachbarten Kath. Kindertagesstätte, die Betreuungszeiten, Vernetzung Krippe und Kindergarten, den Kostenaspekt sowie das Programm ein.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass es hinsichtlich der Angebote über die lokale Kooperation hinaus auch einen Abstimmungszirkel auf Stadtebene gebe. Er macht darauf aufmerksam, dass in einer Kindertageseinrichtung mit einem hohen Migrantenanteil die Form der Familienbildung eine andere sein müsse und man hier andere Zugänge brauche. Er spricht abschließend seinen Dank aus und wünscht weiterhin gutes Gelingen.

TOP 1.2

Städtisches Kinder- und Familienzentrum auf der Hartenecker Höhe - finanzieller Zuschuss zum Aufbau des Kinder- und Familienzentrums

Vorl.Nr. 355/11

---

### Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) beschließt, das Städtische Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe, Anna-Neff-Straße 1, analog zu den neun Kinder- und Familienzentren in der Projektphase über einen Zeitraum von drei Jahren mit 2.500 Euro pro Gruppe und Jahr, insgesamt 12.500 Euro pro Jahr, zu fördern.

Aufgrund der Beendigung der Projektlaufzeit wird das Städtische Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe nicht mit Mitteln aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft unterstützt, sondern die finanziellen Mittel werden in den Jahren 2012 bis 2014 – vorbehaltlich der finanziellen Situation – im städtischen Haushalt bereitgestellt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 355/11 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Es wird seitens des Gremiums kein weiterer Sachvortrag gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadträtin **Kopf**, dass die Kinder- und Familienzentren aus ihrer Sicht ein Leuchtturmprojekt in der Stadt darstellen würden. Für sie sei es ein innovativer Ansatz vor allem im Bereich frühkindlicher Bildung und im klassischen Kindergartenalter von 3 bis 6 Jahren. Man sei hier auf einem guten Weg und stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Dr. Bohn** teilt mit, seine Fraktion stimme ebenfalls gerne zu.

Auch Stadtrat **Kirnbauer** erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion, der Vorlage zuzustimmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** führt aus, die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren sehe man als richtigen Weg an. Sehr wichtig sei die Öffnung zum Sozialraum, man unterstütze daher die Kinder- und Familienzentren. Ein wichtiger Aspekt sei auch, dass die Arbeit auch nach Auslaufen der Projektzeit getan werden müsse und wünsche sich auch einen Bericht.

Stadträtin **Lange** erklärt die Zustimmung zur Vorlage.

EBM **Seigfried** beantwortet eine Anfrage von Stadträtin Lange in Bezug auf den Seniorentreff und stellt daraufhin abschließend die Vorl.Nr. 355/11 im Gremium zur Abstimmung..

TOP 1.3

Evaluationsbericht Ludwigsburger Modell  
"Sprache bilden und fördern"

Vorl.Nr. 365/11

---

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt einleitend in den Sachverhalt ein und verweist auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 365/11.

Herr Prof. **Jeuk** (PH Ludwigsburg) berichtet einführend in Form einer Powerpoint-Präsentation über die Schwierigkeiten der Evaluation und stellt dies verdeutlichend anhand von Fallbeispielen dar. Er geht in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Kompetenzen und Schwierigkeiten, die Probleme der Evaluation und die Bedingungen für gelingenden Spracherwerb ein.

Frau **Schmitz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert im Anschluss den Evaluationsbericht zur Sprachförderung im Rahmen des Ludwigsburger Modells „Sprache bilden und fördern“. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und die politischen Aussagen der Landesregierung und des Bundes bestätigen das Ludwigsburger Konzept.

Auf das Ergebnis eines Dialogforums im Bundesfamilienministerium hinweisend ergänzt EBM **Seigfried**, dass mit Blick auf den Fachkräftemangel ein Großteil der Fragen wie der Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern sowie die möglichst frühe Förderung der Kinder kommunale Aufgabenstellungen darstellten.

In der nachfolgenden Aussprache unterstreicht Stadträtin **Kopf** die vorherigen Ausführungen. Die Sprache sei Schlüssel für die Bildung und für die Integration. Diese zwei Punkte seien Begründung für den erhöhten Personalaufwand. Ausschlaggebend sei, dass Sprache integrativer Bestandteil einer jeden Einrichtung ist. Noch immer sei ein erhöhter Sprachförderbedarf vorhanden.

Stadtrat **von Stackelberg** dankt für die ausführliche Darstellung. Wichtig sei, die Standards weiter auszubauen und insbesondere die Fortbildungsmaßnahmen auch im Bereich der Erzieherinnen streng voranzutreiben. Schwierigkeiten sehe man beim Übergang in die Grundschule. Er bittet, an den noch bestehenden Schwachstellen weiterzuarbeiten und wieder Bericht zu erstatten.

Stadtrat **Kirnbauer** dankt für die Vorlage, die allerdings aufgrund der bloßen Darstellung in schwarz-weiß schwierig zu lesen sei. Der Bedarf der Sprachförderung sei vorhanden und man unterstütze die Sprachförderung in Ludwigsburg. Er regt als Änderung an, bei der Einschulung die Sprachstandserhebung nicht bei der Einschulungsuntersuchung sondern in Zukunft vom Kindergarten her aufgrund der Evaluation vorzunehmen.

Bezug nehmend auf die Frage des Übergangs zur Schule weist EBM **Seigfried** darauf hin, dass man beim Kreisgesundheitsamt und Kultusministerium mehrfach auf die Schwächen der Einschulungsuntersuchung hingewiesen habe.

Stadträtin **Klett-Heuchert** äußert Lob und Stolz im Hinblick auf das Ludwigsburger Modell. Wichtig seien keine isolierten Fördermaßnahmen, sondern die Integration im Alltag. Voraussetzung hierfür sei ein guter sprachlicher Umgang der Erzieherinnen untereinander. Außerdem müsse das Thema Peergroup angegangen und die Kommunikation unter den Kindern beobachtet werden. Ein Problemfall sei auch die Kooperation mit der Grundschule durch mangelnde Lehrerstunden.

Stadtrat **Heer** spricht das Thema Sprachkompetenz und die notwendige Vermittlung in Grundschulen und Kindergärten an. Die Sprachförderung profitiere in Ludwigsburg mit vorliegendem Modell.

Stadträtin **Lange** merkt an, dass mit Blick in die Zukunft auch Unter 3-Jährige in die Sprachförderung mit aufgenommen werden sollten und betrachtet einen möglichst frühzeitigen Beginn für wichtig.

Frau **Schmitz** und Herr **Jeuk** beantworten nachfolgend Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums insbesondere in Bezug auf die Aspekte des Sprachförderbedarfs, Kriterien und die qualitative Evaluierung. In Bezug auf eigene Untersuchungen stütze man sich auf die Ergebnisse der verschiedenen Studien. Bezüglich der Kooperation Kindertageseinrichtung und Grundschule befinde man sich derzeit ständig im Wandel.

Stadtrat **Meyer** regt an, die in der Vorlage dargestellten Punkte noch mehr in die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Stadtrat **von Stackelberg** äußert die redaktionelle Bitte der Aufbereitung der Anlage 4 unter Darstellung der Gesamtschülerzahl der Schulen sowie Information über die Inanspruchnahme von anderen Programmen.

Seitens Stadträtin **Moersch** wird vorgeschlagen, die Unterlagen in aufgearbeiteter verständlicher und übersichtlicher Form im Integrationsbeirat, der eine Schnittstelle darstelle, vorzustellen.

EBM **Seigfried** erklärt abschließend, dass als Teil des Programms eine Vermittlung des Inhalts in einer geeigneten Form erfolge.

TOP 2

Bildung und Betreuung - Ausbau  
Ganztagschulen; Ein- und Weiterführung der  
Nachmittags- und Spätbetreuung an der  
Oststadtschule II, Grundschule Hoheneck und  
Pestalozzischule

Vorl.Nr. 377/11

---

### Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 377/11.

Es wird seitens des Gremiums kein Sachvortrag gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Kromer** die Notwendigkeit, die Betreuungsangebote den Grundschulen anzuschließen. Eine Elternumfrage habe erbracht, was schon lange erahnt wurde. Man wünsche sich eine übersichtliche aktuelle Darstellung, wo was in welcher Zeit angeboten werde.

EBM **Seigfried** verweist auf eine Zusammenfassung und Vorstellung in der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales im Frühjahr 2011.

Stadtrat **von Stackelberg** hofft, dass sich der Flickenteppich bald zu einem Netzwerk mit einheitlicher Betreuungs- und Kostenstruktur entwickle.

Stadträtin **Moersch** erklärt die Schwierigkeiten der Familien bezüglich der Betreuungsangebote beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschulen. Man hoffe, dass der weitere Ausbau der Nachmittagsbetreuung an den Schulen weitergehe. Der Bedarf sei vorhanden und man stimme der Mitteilungsvorlage gerne zu.

Stadträtin **Steinwand** hingegen äußert die Ansicht, dass den Eltern nicht entgegengekommen, sondern diese ganz schön zur Kasse gebeten würden.

Stadtrat **Heer** sieht die Verantwortung bezüglich der Ganztagesbetreuung in den Schulen beim Land und nicht bei den Kommunen. Insofern müsse aus seiner Sicht das Fachpersonal seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Auf Anfrage von Stadträtin **Lange** erklärt EBM **Seigfried** abschließend, dass das Umfrageergebnis nicht mit den Anmeldezahlen gleich zu setzen sei.

TOP 3

Schulentwicklungsplan; - Erweiterung des Schulbeirates

Vorl.Nr. 376/11

---

### Beschluss:

Für die Beratung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird der Schulbeirat, außer der vorgesehenen Vertretung des Staatlichen Schulamtes Ludwigsburg, um je eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Gemeinderatsfraktionen erweitert.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert einleitend kurz den Sachverhalt und verweist auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Stadträtin **Moersch** regt an, den in Ludwigsburg ansässigen Landeselternbeiratsvorsitzenden in den erweiterten Schulbeirat aufzunehmen. Der Landeselternbeirat sei über sich abzeichnende Entwicklungen früher informiert als das Schulamt.

Stadtrat **Herrmann** hingegen weist darauf hin, dass Ansprechpartner das Schulamt sei. Der Landeselternbeirat sei ein Beratungsgremium des Kultusministeriums auf Landesebene, auf Ortsebene seien die Elternbeiräte aus der Stadt Ludwigsburg beteiligt. Im Hinblick auf die Ludwigsburger Belange werde die Verbindung zum Ministerium durch das Schulamt hergestellt.

Das Gremium erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Als Ergebnis der Aussprache erklärt EBM **Seigfried**, dass der Landeselternbeiratsvorsitzende bei Bedarf jederzeit zur Beratung des erweiterten Schulbeirats als Sachkundiger hinzugezogen werden könne. Eine diesbezügliche formelle Erweiterung des Schulbeirats sei daher nicht erforderlich. EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 376/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3.1

- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.07.2011

Vorl.Nr. 354/11

---

#### Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 26.07.2011, Vorl.Nr. 354/11 ist mit Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 376/11 im Gremium erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3, Vorl.Nr. 376/11.

TOP 4

Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 373/11

---

#### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen, Vorlagen Nr. 373/11 sowie 234/11 und führt kurz in den Sachverhalt ein. Für die Partizipation von Jugendlichen sei Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) als Jugendreferent zuständig.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache erläutert und begründet Stadträtin **Moersch** den vorliegenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 09.05.2011, Vorl.Nr. 234/11. Die Jugendkonferenzen stellten zwar eine gute Möglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen dar, seien jedoch nur auf eine kurze Dauer ausgelegt. Junge Menschen sollten jedoch die Möglichkeit bekommen, langfristig am politischen Leben teilzuhaben. Dies könne durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats, der dann auch begleitet werden sollte, stattfinden. Sie sieht in Ludwigsburg das Potential vorhanden, einen Jugendgemeinderat zu initiieren, der auch angenommen werde.

Stadtrat **Kromer** sieht Einigkeit darüber, dass junge Menschen zur Wahrnehmung ihrer Interessen aktiv am kommunalen Geschehen teilnehmen und damit näher an die Stadtpolitik herangeführt werden sollten. Ludwigsburg entspreche diesem Anliegen in vorbildlicher Weise. Er verweist auf die Fortschreibung der aktiven Beteiligung in den letzten Jahren wie Kinder- und Jugendforen, Mitspracherecht von jungen Menschen bei der Schaffung und Mitgestaltung von Spiel- und Freizeitplätzen sowie in Jugendräten der Stadtteile. Die Weiterentwicklung der Einbeziehungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei kommunalpolitischen Vorhaben in offenen konkreten projektorientierten Formen, wie die Verwaltung dies empfehle, werde seitens

der CDU befürwortet. Er erklärt im Falle einer Abstimmung die Ablehnung des letzten Abschnitts. Mit Blick auf den Personalbestand könne aus Zeit- und Kostengründen außerdem der Verwaltung die Schaffung und Betreuung eines neuen Gremiums nicht zugemutet werden. Die Kinder und Jugendliche würden in Ludwigsburg in Planungsprozessen ernst genommen und in Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt.

Stadtrat **von Stackelberg** bringt für seine Fraktion zum Ausdruck, man habe hohes Interesse daran, dass sich die Jugend auch politisch engagiere und im Gemeinwesen Arbeiten übernehme. Er macht im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Jugendgemeinderats auf den hohen Betreuungsaufwand aufmerksam. Das Verwaltungspersonal müsste entsprechend ausgestattet werden und mitwachsen. Darin sehe man große Schwierigkeiten. Man begrüße Beteiligungsmöglichkeiten, es müssten dann aber auch unter finanziellem Einsatz die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** führt aus, man begrüße im Grundsatz die Initiative der Freien Wähler zur Einrichtung eines Jugendgemeinderats, betrachte es jedoch als voreilig, eine solche Einführung schon heute zur Abstimmung zu stellen. Seine Fraktion sei der Überzeugung, dass eine noch stärkere Beteiligungskultur insbesondere auch der Jugendlichen notwendig sei. Die Einführung eines Jugendgemeinderats müsse jedoch gut vorbereitet werden. Wichtig sei eine Begleitung und Unterstützung des neuen Gremiums durch die Kinder- und Jugendförderung. Des Weiteren müssten die Schulen schon im Vorfeld die Schüler für dieses Thema sensibilisieren sowie die politischen Jugendverbände der Stadt sich mit diesem Thema beschäftigen. Er bittet die Verwaltung um Einberufung eines Runden Tisches zur Vorbereitung der Einführung eines Jugendgemeinderats insbesondere unter Einbindung von Verwaltung, Schulen, Politik und Jugendverbänden.

Nach Auffassung von Stadtrat **Heer** würden aktive Jugendliche gebraucht und sollten beispielsweise in Vereinen, Kirchen, Verbänden und Stadtteilen zur Mitarbeit im Ehrenamt herangeführt werden. Man sei derzeit mit Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Schulen, Stadtteilen, durch die Jugendkonferenzen, durch Ehrenamt und anderen Möglichkeiten der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, gut aufgestellt. Den Ausbau der Jugendbeteiligung sehe man als sinnvoll an, denke aber, dass man auf dem bisher eingeschlagenen Weg ganz gut vorankomme. Die FDP lehne daher zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung eines Jugendgemeinderats ab.

Stadträtin **Lange** sieht die Gründe für die negative Haltung vieler Gemeinden gegenüber der festen Einrichtung eines Jugendgemeinderats insbesondere in der mangelnden Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen, Migrantenkindern und darin, dass oft nur ein kleiner Kreis von Jugendlichen erreicht werde. Bessere Möglichkeiten zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen sieht sie beispielsweise in den Jugendkonferenzen und Jugendverbänden.

EBM **Seigfried** macht nachfolgend die komplexe Fragestellung der richtigen Form der Beteiligung von jungen Menschen deutlich. Er weist auf die außergewöhnliche Form der Bürgerbeteiligung in Ludwigsburg im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes sowie auch Formen der Beteiligung unterschiedlicher Zielgruppen und Altersstufen hin. Man befinde sich derzeit in einer dem Wandel unterworfenen Phase der Bürgerbeteiligung. Er plädiert dafür, die Formen weiterzuentwickeln und gleichzeitig die Frage der Beteiligung der Menschen in Ludwigsburg beispielsweise in einer weiteren Zukunftskonferenz auch unter dem Gesichtspunkt der jungen Menschen mit einzubeziehen. Dies stelle heute eine wichtige Zwischendiskussion dar.

Stadtrat **Glasbrenner** führt aus, man hätte sich zwar eine etwas dezidiertere Darstellung gewünscht, der Antrag sei aber soweit erledigt. Man wolle insbesondere die Ergebnisse der Diskussion im Zusammenhang mit der Stadtentwicklungsplanung sowie Art und Umfang der Beteiligung der Stadtteilausschüsse noch abwarten und dann prüfen, ob in der Zukunft in dieser Sache ein nochmaliger Antrag notwendig sein werde.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der FW-Fraktion vom 09.05.2011, Vorl.Nr. 234/11 ist mit Berichterstattung der Verwaltung und Beratung im Gremium erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4, Vorl.Nr. 373/11.

**Beschluss:**

1. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V. erhält für die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit in Grünbühl/Sonnenberg für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 61.986,75 €.
2. Für das Jahr 2012 erhält das DRK einen 100% Abmangelzuschuss in maximaler Höhe von 61.986,75 € zuzüglich der tariflich steigenden Personalkosten.
3. Der Anteil der Regiekosten beträgt maximal 5% der anerkannten Ausgaben.
4. Bis März 2012 bzw. 2013 sind ein Verwendungsnachweis und ein Jahresbericht vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** verweist auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 378/11 und führt kurz in den Sachverhalt ein. Er spricht dem Deutschen Roten Kreuz Dank für die gute Sozialarbeit in Grünbühl/Sonnenberg aus.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache merkt Stadträtin **Kopf** an, dass die Inbetriebnahme des Kinder- und Familienzentrums im nächsten Jahr eine Zäsur darstelle und hiermit eine Neuausrichtung stattfinden müsse. Unter dieser Maßgabe stimme man der Vorlage zu.



Ergänzend macht EBM **Seigfried** Ausführungen in Bezug auf die Veränderungen und stellt fest, dass in diesem Zusammenhang eine entsprechende Berücksichtigung stattfindet. Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 378/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6

Bericht zur Obdachlosenunterbringung in städtischen Unterkünften, Information zur Wohnraumsituation von großen Familien mit Marktzugangsschwierigkeiten

Vorl.Nr. 370/11

---

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 370/11 und erläutert die Situation und Entwicklung im Bereich der Wohnraumsituation. Es zeige sich, dass insbesondere große Familien mit vielen Kindern und Familien mit Migrationshintergrund auf dem privaten Wohnungsmarkt nahezu keine Chancen besitzen.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadtrat **Meyer** zum Ausdruck, aus der Vorlage würden sowohl die Probleme als auch die Erfolge ersichtlich. Er bittet, diesen Sachverhalt im Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH ausführlich zu thematisieren.

Dies wird von EBM **Seigfried** zugesagt.

Für Stadtrat **Daferner** ist ebenso der Anstieg der Obdachlosigkeit im Jahr 2011 erschreckend. Er sieht es als Pflicht, hier tätig zu werden und spricht sich dafür aus, im Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH darüber nachzudenken, wie die Situation verbessert werden könne.

Stadtrat **Kirnbauer** dankt für die Vorlage. Unter dem Hinweis auf das dreistufige Modell in Ludwigsburg sei man aus seiner Sicht auf dem richtigen Weg. Kritik übt er jedoch am Abriss der Wohnblocks am Sonnenberg.

Aus der Sicht von Stadträtin **Klett-Heuchert** sei dringend eine bessere Vernetzung mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH, der Wohnsitzlosenhilfe und der Karlshöhe nötig. Benötigt würde bezahlbarer größerer Wohnraum, der auch aus energetischer Sicht in Ordnung sei.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass man im Bereich der Obdachlosigkeit gut vernetzt sei. Demgegenüber gebe es Menschen, die keine adäquate Wohnung fänden. In diesem Bereich könnten die Bemühungen noch intensiviert werden.

Stadtrat **Heer** macht auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang verschiedener Wohnungsbedarfe aufmerksam. Er sieht die Defizite gesellschaftlich bedingt.

Stadtrat **Glasbrenner** regt an, bei der Problemlösung nicht nur über die Objektförderung, sondern vermehrt auch über die Subjektförderung zu gehen.

---

TOP 7

Kommunaler Ordnungsdienst im Fachbereich

Vorl.Nr. 353/11

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 21.09.2011

## Sicherheit und Ordnung

---

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Kommunalen Ordnungsdienst mit sechs Vollzeitstellen im Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Abteilung Allgemeines Polizeirecht, zu installieren.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn  
Stadtrat Dr. Vierling (entschuldigt)

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** dementiert einleitend, dass die Stadt eine eigene Polizeitruppe aufbauen wolle. Er zitiert aus dem Positionspapier des Deutschen Städtetags zur Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Die Städte seien in zunehmendem Maße in Sicherheits- und Ordnungsfragen eingebunden. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Eventkultur, eines grundsätzlich geänderten Freizeitverhaltens und in der Alltäglichkeit erlebbarer Ordnungswidrigkeiten seien neue Aufgabenfelder in den Kommunen entstanden. Zwischen den Zuständigkeiten der Polizei und den Aktivitäten des Städtischen Vollzugsdienstes gebe es eine gewisse Handlungslücke, zu ungünstigen Zeiten wie beispielsweise nachts, eine gewisse Präsenz zu zeigen. Man habe die Thematik intern aufgearbeitet und lege als Ergebnis das Konzept „Kommunaler Ordnungsdienst“ vor.

Herr **Kaiser** (FB Organisation und Personal) erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 353/11 und geht insbesondere auf die zentralen Punkte der Zuordnung, des Personalumfangs und der Finanzierung ein. Bei positivem Beschluss beginne man relativ schnell mit der Stellenausschreibung. Man wolle im Frühjahr bereits präsent sein.

Stadtrat **Herrmann** sieht dies als ein schwieriges, kostspieliges aber auch notwendiges Thema. Gewalt und Ordnungswidrigkeiten hätten in der Gesellschaft zugenommen. Es seien nicht nur Jugendliche beteiligt. Man stehe vor der Frage, wie man sich dem Problem stelle. Man habe in Ludwigsburg in den letzten Jahren schon viel getan, wie die Sozialarbeit in der Stadt und in den Schulen, die kommunale Kriminalprävention, den städtischen Vollzugsdienst und die Polizei. Die Ergänzung durch einen Kommunalen Ordnungsdienst verursache Kosten, dennoch sei es eine richtige und gute Lösung, die in Zusammenarbeit mit der Polizei erarbeitet wurde.

Stadtrat **von Stackelberg** ist nicht klar, warum es eine neue Behörde sein solle und nicht dem städtischen Vollzugsdienst angehöre. Am liebsten wäre ihm, wenn das Konzept mit einem Verfalldatum versehen wäre. Das Personalauswahlverfahren sei sicher auch schwierig. Grundsätzlich sei er dafür, wünsche sich jedoch, den Sach- und Personalaufwand und die Auswirkungen in einem Berichtszeitraum von einem Jahr zu betrachten, um gegebenenfalls darauf zu reagieren.

Stadtrat **Glasbrenner** bedauert, dass der Städtische Vollzugsdienst und Ordnungsdienst notwendig sei. Aber es dürfe den Bürgern nicht grundsätzlich geduldete Rechtsstörungen über längere Zeiträume zugemutet werden. Die Einstellung von sechs Personen sei zwar ein Schluck aus der

finanziellen Pulle, andererseits jedoch notwendig. Es gelte, die Rahmenbedingungen festzulegen. Er sieht jedoch die engere Verzahnung von Vollzugsdienst und Ordnungsdienst schon wegen gegenseitiger Hilfe und Vertretung für notwendig an. Der administrative Aufgabenteil solle möglichst gering gehalten werden.

Stadträtin **Steinwand** fühlt sich in Ludwigsburg sicher. Die Statistiken sagten aus, dass die Straftaten nicht zunehmen sondern eher abnehmen würden. Andererseits gebe es natürlich diese Ordnungsstörungen. Eine bessere Verkehrsordnung am Wochenende wäre beispielsweise vorteilhaft. Sie sei gespannt, wie die Personalgewinnung laufe.

Stadtrat **Heer** hält professionelle Kräfte zur Herstellung der Ordnung an bestimmten Stellen für erforderlich. Es werde der Stadt gut tun, ein Zeichen in der Innenstadt und möglicherweise in den Stadtteilen zu setzen. Er könne der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert, dass sich der Städtische Vollzugsdienst und der Kommunale Ordnungsdienst im Einsatzschwerpunkt, im Zeitrahmen des Einsatzes und in der Qualifikation der Mitarbeiter unterscheide. Auch bei anderen Städten seien diese beiden Dienste getrennt. Er sehe die direkte Zugriffsmöglichkeit und den schnelleren Informationsfluss als Argument für eine Trennung.

Herr **Kaiser** verweist darauf, dass der städtische Vollzugsdienst bisher aus 23 Mitarbeitern bestehe, sodass die zusätzliche Steuerung des Ordnungsdienstes von nur einer Person eine weitere Hierarchieebene erforderlich gemacht hätte.

Herr **Winkler** erläutert ergänzend, dass der Kommunale Ordnungsdienst wie der Städtische Vollzugsdienst beispielsweise auf der Bärenwiese Polizeirecht habe.

EBM **Seigfried** führt abschließend aus, dass die Mitarbeiter des Vollzugsdienstes für Auseinandersetzungen oder gar körperliche Gewalt nicht ausgebildet und auch nicht eingestellt worden seien. Deshalb würden Mitarbeiter benötigt, die entsprechend ausgebildet seien. Auch aus der Fürsorgepflicht heraus könnten die Mitarbeiter des Städtischen Vollzugsdienstes nicht in jeden Einsatz geschickt werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** hält auch für wichtig, dass in der Stadt keine weiteren Angsträume entstünden. Die Präsenz des Ordnungsdienstes trage sicher zum subjektiven Sicherheitsgefühl bei.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 353/11 im Gremium zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung weist EBM **Seigfried** darauf hin, dass im April 2012 eine große Konferenz zum Thema Pflege stattfinden werde.